



Vierter Tätigkeitsbericht zum Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)

Inhaltsübersicht

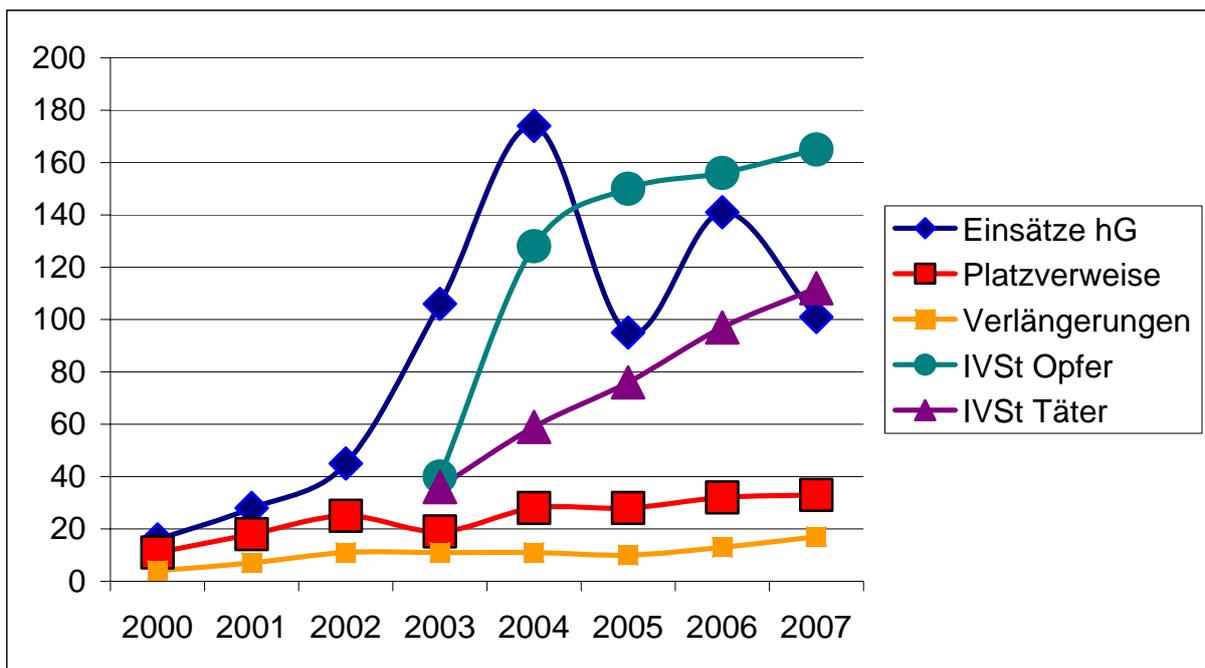
Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)	3
Tätigkeitsberichte beziehungsweise Stellungnahmen der zentralen am Platzverweisverfahren beteiligten Stellen	5
1. Polizeidirektion Heidelberg	5
Fallzahlen 2007	5
Bewertung aus polizeilicher Sicht	5
2. Ortspolizeibehörde im Bürgeramt	7
3. Interventionsstelle für Frauen und Kinder	8
Datenerhebung 2007	9
Arbeit mit Kindern	10
4. Interventionsstelle für Täter	11
5. Kinder- und Jugendamt	13
6. Kinderschutz-Zentrum	14
7. Familien- und Zivilgericht sowie Staatsanwaltschaft	15
8. Amt für Chancengleichheit	15
City-light-Plakataktion	15
Flyer in acht Fremdsprachen	16
Einbeziehung des Gesundheitswesens	16
Ausblick: Themenfeld Zwangsheirat	17
Anhang 1: Polizeidirektion und Ortspolizeibehörde: Statistischer Überblick 2000 – 2007	18
Anhang 2: Interventionsstelle für Frauen und Kinder: Statistischer Überblick 2003 – 2007	19
Anhang 3: Interventionsstelle für Täter: Statistischer Überblick 2003 – 2007	20
Anhang 4: HIM-Plakat	21
Anhang 5: Flyer Kinderarbeit (Vorderseite)	22

Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)

Die mit dem Heidelberger Interventionsmodell (HIM) geschaffenen Rahmenbedingungen – der Vernetzung am Runden Tisch und der Einrichtung von Anlaufstellen für Opfer und Täter – bieten gute Voraussetzungen, um gewalttätige oder bedrohliche Situationen in der Akutphase zu beenden und den betroffenen Menschen konkrete Perspektiven für ein dauerhaft gewaltfreies Leben zu eröffnen. Die schnelle proaktive Krisenintervention gewährleistet eine wesentliche Verbesserung der Situation der Opfer. Die konsequente Inverantwortungnahme von Tätern – und inzwischen auch Täterinnen – macht es möglich, Gewalt nachhaltig zu bekämpfen.

Stetig steigende Beratungszahlen der Interventionsstellen, die im Mai 2003 ihre Arbeit aufgenommen haben, weisen im Verhältnis zu den ausgesprochen Platzverweisen deutlich aus, dass sich die Interventionsstellen als Anlaufstellen auch außerhalb des Platzverweisverfahrens etabliert haben.

Abbildung 1: Einsätze häusliche Gewalt, Platzverweise, Verlängerungen, Beratungen Interventionsstellen Opfer und Täter



Dank weiterer Mittelbewilligungen durch den Gemeinderat im Doppelhaushalt 2007/2008 konnte ein Großteil der im dritten Tätigkeitsbericht vorgeschlagenen Handlungsbedarfe bereits realisiert beziehungsweise angestoßen werden, wofür sich der Runde Tisch ausdrücklich bedanken möchte:

- Den stetig steigenden Beratungszahlen der Interventionsstellen (siehe Abbildung 1) konnte durch die Erhöhung des Zuschusses auf jetzt insgesamt 110.000 Euro mit einer

Aufstockung auf Dreiviertelstellen Rechnung getragen und so der bisherige Standard beibehalten werden.

- Für die Betreuung von häuslicher Gewalt betroffener oder mit betroffener Kinder ist durch die Zuschussgewährung in Höhe von 9.000 Euro die stundenweise Beschäftigung einer Mitarbeiterin möglich.
- Als ergänzendes Angebot zur Interventionsstelle für Frauen und Kinder übernimmt die Beratungsstelle Courage durch die Mittelbewilligung in Höhe von 27.300 Euro unter anderem die längerfristige Begleitung von Frauen.
- Die City-light-Plakataktion konnte wiederholt werden. Seit Oktober 2007 bis Ende 2008 sind die dreisprachigen Plakate an ÖPNV-Haltestellen an wechselnden Standorten zu sehen. Neu aufgenommen wurde die Interventionsstelle für Täter.
- Beim Start der Plakataktion wurden außerdem die Druckversionen der Fremdsprachenflyer vorgestellt, die an einschlägige Beratungsstellen und publikumswirksame Stellen verschickt wurden.
- Einbeziehung des Gesundheitswesens:
Professor Siewert, der Leitende Direktor des Uniklinikums Heidelberg, hat in einem Gespräch mit Bürgermeister Erichson und Frau Domzig signalisiert, ein Interventionsprogramm zu installieren. Als Auftaktveranstaltung ist geplant, im Herbst 2008 eine gemeinsame Fachtagung für MultiplikatorInnen im Gesundheitswesen (Uniklinikum, Krankenhäuser und niedergelassene ÄrztInnen) auszurichten.
Bereits im Sommer 2007 wurden in Kooperation mit der Beauftragten für Chancengleichheit Plakate und Flyer zu HIM in den Ambulanzen verteilt.
Im medizinischen Ausbildungsbereich konnte durch Vermittlung des Internationalen Frauenzentrums erreicht werden, dass in Kürze ein Modul häusliche Gewalt in den Lehrplan integriert wird.
- Ausblick: Zwangsheirat stellt eine besonders schwerwiegende Form von häuslicher (und meist auch sexualisierter) Gewalt dar. Es bot sich an, das Themenfeld in die bereits bestehenden Strukturen zu häuslicher Gewalt zu integrieren und den Runden Tisch um Expertinnen und Experten zum Thema Zwangsheirat zu erweitern. Eine inzwischen gebildete Unterarbeitsgruppe befasst sich mit der Entwicklung eines Kooperations- und Handlungskonzeptes.

Tätigkeitsberichte beziehungsweise Stellungnahmen der zentralen am Platzverweisverfahren beteiligten Stellen

1. Polizeidirektion Heidelberg

Fallzahlen 2007¹

Bekannt gewordene Fälle häuslicher Gewalt: 101
Platzverweise durch Polizeivollzugsdienst: 33
Platzverweisverlängerungen durch Behörde: 17,
davon 1 weiter verlängert
In 28 Fällen lebten insgesamt 44 Kinder im gemeinsamen Haushalt

Täter

- 95 Täter waren männlich, 6 weiblich
 - Nationalität: 75 deutsch
 - 7 türkisch
 - 5 ehemaliges Jugoslawien
- die restlichen Täter verteilen sich auf weitere 7 Nationalitäten

Opfer

- 95 Opfer waren weiblich, 6 männlich
 - Nationalität: 66 deutsch
 - 8 türkisch
 - 3 ehemaliges Jugoslawien
- die restlichen Opfer verteilen sich auf weitere 9 Nationalitäten.

Hinsichtlich der Nationalitäten ist hinzuzufügen, dass bei der statistischen Erfassung sowohl im Bereich der Täter als auch der Opfer Personen mit osteuropäischem beziehungsweise asiatischem Migrationshintergrund (insbesondere Russland und Kasachstan) nicht gesondert ausgewiesen und in der Regel unter „Deutsch“ erfasst werden.

Bewertung aus polizeilicher Sicht

Einem leichten Rückgang der polizeilichen Einsätze steht im prozentualen Vergleich ein Anstieg der ausgesprochenen Platzverweise entgegen. Dies spiegelt sich auch in der Gesamtentwicklung innerhalb des bisherigen Erfassungszeitraumes (seit 2000) wider. Die Anzahl der ausge-

¹ Es wird auf den geänderten Erfassungszeitraum von Januar bis Dezember verwiesen. Verzerrungen im Vergleich zu den vorjährigen Berichten sind möglich.

sprochenen Platzverweise steigt kontinuierlich. Dies mag zum einen in der Qualität der konkreten Sachverhalte, zum anderen aber auch in der Verfestigung des Platzverweisverfahrens bei den polizeilichen Ersteinschreitern begründet sein.

Bei der Zahl der Auseinandersetzungen/Einsätze, im Zuge derer auch Kinder betroffen sind, ist dahingegen ein merklicher Rückgang festzustellen (die Zahl der betroffenen Kinder korreliert natürlich). Hier setzt sich der Abwärtstrend des Vorjahres fort; eine tiefer gehende Analyse über die Gründe scheint jedoch nicht zielführend.

Insgesamt hat das Platzverweisverfahren in seiner Bedeutung innerhalb der Polizeidirektion Heidelberg nicht an Zugkraft verloren. Auch wenn im Jahresvergleich die Anzahl polizeilicher Einsätze wegen häuslicher Gewalt variieren mag, das Phänomen bleibt stets präsent und stellt einen wiederkehrenden Faktor in der polizeilichen Aufgabenbewältigung dar.

Die Implementierung von Sachbearbeitern „Häusliche Gewalt“ innerhalb der Polizei hat sich rückblickend bewährt und findet in der Nachhaltigkeit der Thematik auch ihre Bestätigung. Als Bindeglied zu den Hilfsorganisationen und anderen mit der Bekämpfung des Deliktsfeldes „Häusliche Gewalt“ betrauten Institutionen tragen die Beamten Sorge dafür, dass Opfern schnelle Hilfe vermittelt und Tätern frühzeitig eine eindeutige Grenze aufgezeigt wird.

Gerade hierbei ist der direkte und unkomplizierte Kontakt zu den Interventionsstellen für Frauen und Kinder beziehungsweise für Täter sehr wertvoll und trägt maßgeblich zu einer lückenlosen Weiterbetreuung der Opfer – aber auch der Täter – bei. Die in Heidelberg geschaffenen Strukturen sind beispielhaft und aus dem täglichen Handeln nicht mehr wegzudenken.

Zur Festigung dieser Kooperation wurden in der Vergangenheit und werden auch künftig unterjährige institutionalisierte Treffen zwischen VertreterInnen der Interventionsstellen, des Jugendamtes der Stadt Heidelberg und den für das Stadtgebiet zuständigen polizeilichen Sachbearbeitern „Häusliche Gewalt“ durchgeführt. Hierbei werden Erfahrungen ausgetauscht, aktuelle Entwicklungen aufgezeigt und persönliche Kontakte vertieft.

Bei der Zusammenarbeit wird in Zukunft auch vermehrt der Deliktsbereich „Stalking“ in den Fokus der Betrachtung rücken. Mit Schaffung eines eigenen Tatbestandes „Nachstellung“ im Strafgesetzbuch wurde Opfern und auch Strafverfolgungsbehörden ein Instrumentarium an die Hand gegeben, welches dieses Phänomen juristisch „greifbarer“ macht. Hiesige Erfahrungen belegen, dass von Stalking Betroffene große Hoffnungen in dieses Rechtsmittel legen und der Tatbestand bei der Polizei vermehrt zur Anzeige gebracht wird (das Deliktsfeld wird dort ebenfalls von den Sachbearbeitern „Häusliche Gewalt“ betreut).

Auch erste Erkenntnisse der Interventionsstelle für Opfer belegen, dass dort vermehrt um Rat und Hilfe bezüglich der Thematik nachgefragt wird. Erste Urteile der Justiz bleiben jedoch noch abzuwarten.

Abschließend ist festzustellen, dass mit der nunmehr erfolgten Verfestigung der geschaffenen Strukturen ein wesentlicher Schritt zum nachhaltigen Zurückdrängen der Häuslichen Gewalt in der Stadt Heidelberg vollzogen wurde.

Die beiden Interventionsstellen haben sich bewährt und als unverzichtbarer Baustein im Gebilde „Platzverweisverfahren“ erwiesen.

2. Ortspolizeibehörde im Bürgeramt

Aufenthalts- und Betretungsverbote (verlängerte Platzverweise) gegen Verursacher häuslicher Gewalt werden in der Regel von der Ortspolizeibehörde nach einem bereits zuvor ergangenen schriftlichen Platzverweis durch den Polizeivollzugsdienst erlassen. Voraussetzung ist, dass nach einer in Abstimmung mit dem „Sachbearbeiter häusliche Gewalt“ erstellten Gefahrenprognose anzunehmen ist, bei Nichteinschreiten der Ortspolizeibehörde komme es zu einer erneuten Gefährdung des Opfers.

Das Aufenthalts- und Betretungsverbot gilt für einen Zeitraum von 14 Tagen. In dieser Zeit hat das Opfer zum Beispiel die Möglichkeit, beim Amtsgericht Heidelberg den Erlass eines Beschlusses nach dem Gewaltschutzgesetz zu beantragen. Reicht diese Frist aus terminlichen Gründen nicht aus, kann ein erneutes Verbot erteilt werden. Es muss allerdings erkennbar sein, dass ein Trennungswille des Opfers besteht und entsprechende Schritte (Kontaktaufnahme mit der Interventionsstelle für Opfer, Konsultieren eines Rechtsanwaltes und Ähnliches) bereits in die Wege geleitet wurden.

Das Aufenthalts- und Betretungsverbot wird dem Betroffenen vom „Sachbearbeiter häusliche Gewalt“ ausgehändigt. Sind Kinder unmittelbar oder als Zeugen der häuslichen Gewalt betroffen, erhält das Kinder- und Jugendamt eine Kopie.

In insgesamt 17 Fällen wurde 2007 von der Ortspolizeibehörde ein Aufenthalts- und Betretungsverbot ausgesprochen, nachdem es zu Gewaltanwendung des Partners seiner Ehefrau gegenüber gekommen war. In einem Fall wurde das Aufenthalts- und Betretungsverbot verlängert.

3. Interventionsstelle für Frauen und Kinder

Im Jahr 2007 gab es einen erneuten Anstieg von betroffenen Frauen in der Interventionsstelle und einen bisherigen Höchststand an Beratungsterminen (siehe Datenerhebung 2007).

Dank der Erhöhung von einer halben auf eine Dreiviertel-Stelle im Jahr 2007 konnten die vermehrten Anfragen trotzdem bewältigt werden. Zu verzeichnen ist eine zunehmende Anzahl von betroffenen Frauen, die sich melden, bevor es zu einem Polizeieinsatz kommt. Dies bietet die Chance, den Frauen Möglichkeiten zu eröffnen, die Gewaltbeziehung zu beenden oder zu beeinflussen, bevor es zur endgültigen Eskalation kommt. In diesen Beratungen geht es einerseits um das fehlende Vertrauen in Schutzmöglichkeiten, die Angst vor Gewalteskalationen, die ambivalente Beziehung zum Partner und die emotionale oder materielle Abhängigkeit, sowie einen eventuell ungesicherten Aufenthaltsstatus. Andererseits gilt es mangelnde Information über rechtliche Möglichkeiten und der Ausgestaltung des rechtlichen Schutzes auszugleichen. Aufklärung, Informationsweitergabe und Stabilisierung sind die wichtigsten Inhalte der Beratung.

Somit liegt neben der Krisenintervention nach akuter Gewalterfahrung der Schwerpunkt der Interventionsstelle in der Prävention vor weiteren Gewalterlebnissen.

Ziel ist es, eine möglichst umfassende Information und Aufklärung der Allgemeinheit und insbesondere der Betroffenen, des sozialen Umfelds und der Berufsgruppen, die mit gewaltbetroffenen Frauen arbeiten, über das Gewaltschutzgesetz und Interventionsmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt anzustreben.

Einen Beitrag dazu leistet die im Oktober 2007 neu initiierte Plakataktion der Stadt Heidelberg mit dem Hinweis auf die Interventionsstellen, sowie die Durchführung einer Vortragsreihe der Interventionsstelle für Frauen und Kinder in Kooperation mit der Frauenberatungsstelle Courage mit dem Titel „Gewalt in Beziehungen – Formen/Auswirkungen/Handlungsmöglichkeiten“, in der verschiedene Berufsgruppen ihre Interventionsmöglichkeiten vorstellten und gleichzeitig der Vernetzungscharakter gestärkt werden konnte. ReferentInnen kamen von der Polizei, Rechtsanwaltschaft, der Psychologischen Lesben- und Schwulenberatung, dem Notruf, dem Internationalen Frauenzentrum, Therapeutinnen und dem Jugendamt.

Die Bereitstellung und der Ausbau der Interventionsstelle hat sich als essentiell für die Unterstützung gewaltbetroffener Frauen erwiesen und hat sich als notwendiger Bestandteil in der Infrastruktur der Unterstützungsangebote etabliert.

Datenerhebung 2007

Frauen

Insgesamt	165,	
davon	111	Deutsche
Sonstige Nationalitäten	15	türkisch
	39	andere

Kinder

Insgesamt	190
-----------	-----

Herkunftsort

Heidelberg	101
RNK	57
Andere	7

Über Polizei vermittelt 28

Über Plakataktion seit Oktober 07 11

Rest über: Soziale Einrichtungen, Flyer, Telefonbuch, Behörden

Mit Platzverweis durch Polizei 14

Mit Verlängerung 10

Anträge nach GewschutzG 20

Art und Anzahl der Kontakte

Telefonische Beratung 530

Persönliche Beratung 202

Hausbesuch, Begleitung/Behörden 16

Paargespräche 3

Von den 165 Frauen wurden 22 an die Frauenberatungsstelle Courage verwiesen, davon neun in längerfristige Beratung, elf in die kostenlose Rechtsberatung, die in der Courage von einer Rechtsanwältin angeboten wird, sowie zwei in eine angeleitete Selbsthilfegruppe. Diese spezifischen Angebote der Courage bedienen den weiterführenden Unterstützungsbedarf nach der Erstintervention optimal.

Arbeit mit Kindern

Ausgangssituation

Als Ergänzung des Angebotes für Frauen im Rahmen des Platzverweisverfahrens wurde im Jahr 2007 das Angebot auch auf betroffene Kinder ausgeweitet.

Nachdem im Mai 2007 ein Zuschuss vom Gemeinderat bewilligt wurde, konnte im September 2007 die Stelle im Umfang von 5,75 Stunden besetzt werden. In der Anfangszeit entstand ein Flyer, der an das Jugendamt, an verschiedene soziale Einrichtungen und an Schulen verteilt wurde, um das Angebot bekannt zu machen. Sehr schnell zeigte sich, dass durch den proaktiven Ansatz der Zugang zu den Kindern sehr gut gelingt. Die meisten Kontakte erfolgen über Hausbesuche, damit einher geht aber auch ein größerer Zeitaufwand, der mit 5,75 Stunden nicht gedeckt ist. Da die Stelle erst ab September 2007 besetzt wurde und die Restgelder von 2007 in das Jahr 2008 übertragen werden konnten, wird diese Stelle seit dem 01.01.2008 mit 10 Wochenstunden besetzt. Für den Haushalt 2009/2010 würde eine Erhöhung von 9.000 auf 15.000 Euro benötigt, um dieses Angebot aufrecht erhalten zu können.

Inhaltliches Angebot

Um den Zugang zu den Kindern zu erleichtern, ist der Beratungsansatz proaktiv gestaltet, das heißt es werden auch Hausbesuche durchgeführt, um die Mädchen und Jungen in ihrer gewohnten Umgebung aufsuchen zu können. Alternativ werden die Kinder parallel zu einem Beratungstermin der Mutter in der Interventionsstelle beraten.

Als Einleitung beim ersten Kontakt erzählt die Mitarbeiterin von ihrer Arbeit mit Kindern, die ähnliche Erlebnisse mit ihren Familien haben, erklärt, weshalb sie zu ihnen kommt und wie wichtig es ihr ist, zu hören, wie es ihnen geht. Es ist wichtig, für sie zu wissen, dass andere Kinder auch Gewalt erleben.

Die Kinder sind in der Regel sehr offen und sprechen direkt über das, was sie miterlebt, gesehen und angehört haben und welche Ängste sie haben. Vor allem haben sie viele Fragen, auf die sie Antworten brauchen, wie: Was mache ich, wenn die Mama weint? Was kann ich tun, wenn Mama und Papa streiten? Darf ich den Papa wiedersehen, wenn ihn die Polizei mitgenommen hat? Aber auch: Muss ich den Papa sehen, wenn ich das nicht möchte? Oder: Was ist Alkoholismus?

Den Kindern und Jugendlichen soll es ermöglicht werden, über Geschehenes zu sprechen, sie sollen Entlastung von ihrer Verantwortung, von Scham- und Schuldgefühlen erfahren.

Die Dauer der Beratung ist abhängig vom Bedarf der Kinder und der Möglichkeit, sie eventuell an andere Einrichtungen (Kinderschutz-Zentrum) oder TherapeutInnen anzuschließen.

Tabelle 1: Kinderarbeit Interventionsstelle für Frauen und Kinder Datenerhebung 2007

Jahr		09.-12.2007
Kinder	Gesamt	9
	Mädchen	4
	Jungen	5
Alter	Vorschulalter	6
	Schulalter	3
	über 18	
Nationalität	deutsch	4
	nicht deutsch	5
Wohnort	Heidelberg	6
	Rhein-Neckar-Kreis	3
	andere	
vermittelt durch	Jugendamt	
	Interventionsstelle für Frauen und Kinder	7
	Kinderschutz-Zentrum	
	Verwandte	
	Selbstmelder	2
	andere	
Beratung	telefonisch	
	persönlich	9
	mehrmals	3
	einmalig	6
Maßnahmen	Einzelgespräche	9
	Gruppenangebot	
	Vermittlung Kinderschutz-Zentrum	
	Vermittlung an andere	2

4. Interventionsstelle für Täter

Wie die nachfolgende Tabelle ausweist, wurde in 2007 mit 112 Personen gearbeitet. Novum war, dass auch mit vier Frauen Therapiesitzungen stattfanden, die in ihrer Beziehung und zum Teil auch außerhalb zugeschlagen hatten. Da der Verein – auch von Seiten der Frauenverbände – niemanden finden konnte, der sich für die Täterinnen zuständig fühlte, hat die Interventionsstelle für Täter notgedrungen die Betreuung übernommen.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Zahl der Klienten im Vergleich zu 2006 wieder um 17 % auf nunmehr 112 gesteigert hat. Dies bedeutet eine Verdreifachung zu 2003 und eine Verdoppelung zum Jahr 2004.

Weiterhin ist auffällig, dass die Zahl der Selbstmelder sehr stark gestiegen ist. Dies weist auf einen hohen Verbreitungsgrad und eine Niedrigschwelligkeit der Angebote hin. Zudem verweisen immer mehr Beratungsstellen, die nicht auf den Umgang mit Gewalt spezialisiert sind, an die Interventionsstelle. Diese Entwicklung hat Vor- und Nachteile. Zum einen kann eine größere Anzahl an Männern erreicht werden, auch dann, wenn noch keine staatliche Stelle vor Ort war. Zum anderen bleibt es auch manchmal nur bei einem Telefon- oder Internetkontakt, oder der Mann

bleibt nach einigen Sitzungen weg, wenn sich die Situation wieder beruhigt hat. Die Erfahrung über die Jahre zeigt aber, dass diese Männer wieder auf die Interventionsstelle Täter zukommen, wenn die Situation erneut eskaliert ist. Die Zahl der Selbstmelder ist mit 33 in Heidelberg zudem weit höher, als in anderen Städten, mit denen sich die Interventionsstelle über die Arbeit austauscht.

Die nachhaltigsten Effekte werden aber wohl weiterhin mit den Anti-Gewalt-Trainingsgruppen erzielt, die über einen Zeitraum von 26 Wochen einmal wöchentlich stattfinden. Hier ist auch die Veränderung bei den Männern erfahrungsgemäß am deutlichsten zu erkennen. Dieser Wandel ist meist erst dann erreicht, wenn die Täter erkennen, dass sie selbst von der Verantwortungsübernahme profitieren und sich in ihrem Leben nicht alles zwangsläufig immer wiederholen muss.

Bei der Verteilung der Nationalitäten ist es schwierig, eine klare Differenzierung zwischen Deutschen und Deutschen mit Migrationshintergrund zu treffen. Die hier angegebenen Zahlen weisen Klienten mit deutschem Pass als Deutsche aus.

Was festgestellt werden konnte ist die Tatsache, dass die Klienten im Durchschnitt jünger werden. Wo vor einigen Jahren der Altersdurchschnitt einer Anti-Gewalt-Trainingsgruppe noch bei Mitte 30 lag, liegt der Durchschnitt jetzt bei Mitte 20. Zudem wird eine andere Facette häuslicher Gewalt sichtbar: Männer im jungen Erwachsenenalter, die ihren Eltern und Geschwistern gegenüber Gewalt ausüben.

Insgesamt ist zu bemerken, dass die Arbeit in der Täterinterventionsstelle einen breiten Bekanntheitsgrad und damit verbunden einen hohen Zulauf erreicht hat.

Tabelle 2: Interventionsstelle für Täter Fallzahlen 2007

Zahl der Täter und Täterinnen , mit denen eine Mehrfachberatung und/oder eine Anti-Gewalt-Trainingsgruppe stattfand, davon		112
Männer		108
Frauen		4
Art und Anzahl der Kontakte		1.271
	Therapiesitzungen	859
	telefonische Beratung	412
	Paargespräche	14
Nationalitäten		
	Albaner	1
	Amerikaner	3
	Deutscher	84
	Ghanese	1
	Iraker	1
	Iraner	1
	Italiener	6

Nationalitäten	Pakistani	1
	Rumäne	1
	Russe	1
	Spanier	1
	Türke	11
Wohnort		
	Heidelberg	89
	Rhein-Neckar-Kreis	20
	nicht bekannt	3
Vermittelt durch		
	Amtsgericht	16
	anonym	3
	Arbeitsamt	3
	Beratungsstellen	19
	Bewährungshilfe	11
	Gerichtshilfe	1
	Jugendamt	6
	Jugendgerichtshilfe	3
	Justizvollzugsanstalt	1
	Polizei	14
	Selbstmelder	33
	Zentralinstitut für seelische Gesundheit	2

5. Kinder- und Jugendamt

Die Entwicklung der Fallzahlen im Aufgabenfeld häusliche Gewalt beim Kinder- und Jugendamt entspricht dem bei der Polizei in Baden-Württemberg beobachteten Trend. Ein kontinuierlicher Rückgang ist festzustellen. Es ist zu vermuten, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu häuslicher Gewalt bei den Betroffenen zu dem gewünschten Effekt geführt hat und die geschaffenen Beratungs- und Unterstützungsangebote zunehmend im Vorfeld von akuten Eskalationen genutzt werden.

Tabelle 3: Kinder- und Jugendamt Fallzahlen 2004 - 2007

Jahr		2004	2005	2006	2007
Familien		28	21	16	15
Kinder	Gesamt	61	36	40	28
	Mädchen	32	20	26	10
	Jungen	29	16	14	18
Alter	Vorschulalter	27	17	15	9
	Schulalter	26	18	25	18
	Über 18 Jahre	2	1	0	0
Vermittelt durch	Polizei	18	20	16	15
	Interventionsstelle	1	0	0	0
	Familienangehörige	6	1	4	0
	Andere	3	0	1	3
Betreuung	Nach 6 – 8 Wo. beendet	18	16	6	13
	Längere Betreuung	10	5	10	2

Die Zusammenarbeit der örtlichen Jugendhilfe mit den beteiligten Fachstellen und Behörden ist fachlich konstruktiv und umfasst sowohl einzelfallbezogene als auch einzelfallübergreifende Kontakte. Aktuell steht die Vernetzung und konzeptionelle Abstimmung des neuen Beratungsangebots für Kinder mit den Fachstellen der Jugendhilfe an. Ab 2008 erfasst das Kinder- und Jugendamt entsprechend dem Wunsch des Runden Tisches in seiner HIM-Statistik auch das Ergebnis der Prüfung einer möglichen Kindeswohlgefährdung.

6. Kinderschutz-Zentrum

In der folgenden Tabelle sind alle Fälle des Kinderschutz-Zentrums im Berichtszeitraum seit 2004 aufgeführt, in denen häusliche Gewalt eine Rolle spielte beziehungsweise spielt, das heißt es erscheinen auch Fälle, die zuerst einmal aus anderem Grund (Gewalt gegen die Kinder, sexuelle Übergriffe...) im Kinderschutz-Zentrum ankommen. Dabei stellt sich manchmal erst im Verlauf einer Beratung heraus, dass häusliche Gewalt zwischen den Eltern (beziehungsweise Erwachsenen) eine wichtige Rolle für die Problematik beziehungsweise Symptomatik des Kindes spielt.

Auch im Jahr 2007 funktionierte die Kooperation mit der Interventionsstelle reibungslos. Es werden Klientinnen in beide Richtungen weiterverwiesen, wenn der jeweils andere Ansatz passender erscheint.

Tabelle 4: Kinderschutz-Zentrum Statistik 2004 – 2007

Jahr		ab 08-2004	2005	2006	2007
Fälle insgesamt		8	23	24	24
Kontaktaufnahme durch	Mutter	7	18	16	17
	Vater	1	2	3	2
	Schule		2	2	3
	Heim			2	2
	Verwandte		1	1	
Nationalitäten	deutsch	6	17	15	16
	nicht deutsch	2	6	9	8
Wohnort	Heidelberg	5	11	12	13
	Rhein-Neckar-Kreis	3	10	10	10
	anonym		2	2	1
Platzverweis	Ja	2	4	7	2
	Nein	6	19	17	22
Beratungsart	persönlich	7	22	22	23
	telefonisch	1	1	2	1
Beratungsinhalte	z.B. Umgang mit den Kindern, Umgangsregelung, Arbeit an traumatischen Erlebnissen, Beziehung zum Kind stärken...				
Anzahl Kontakte	mehrmals	8	20	22	23
	einmalig		3	2	1

7. Familien- und Zivilgericht sowie Staatsanwaltschaft

In 2007 waren am Familiengericht insgesamt 29 Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz anhängig, am Zivilgericht waren es insgesamt neun Verfahren. Diese Datenerhebungen beziehen sich auf den gesamten Zuständigkeitsbereich des Amtsgerichts, eine Separierung der auf Heidelberg bezogenen Fallzahlen war nicht möglich.

Die Kooperation mit den am Platzverweisverfahren Beteiligten gestaltet sich nach wie vor durchweg sehr positiv, sei es durch die Thematisierung grundsätzlicher Problemstellungen am Runden Tisch oder die fallbezogene Klärung im direkten Gespräch mit der Interventionsstelle. Eine Bejahung des öffentlichen Interesses bei häuslicher Gewalt ist klar gegeben und wird durch die Einrichtung von Sonderzuständigkeiten bei der Staatsanwaltschaft unterstrichen. Im Hinblick auf das bislang in vielen Fällen in Anspruch genommene Zeugnisverweigerungsrecht betroffener Frauen macht sich die intensive Beratung und Begleitung der Opfer durch die Interventionsstelle positiv bemerkbar. Aber auch die Möglichkeit des Weiterverweises von GewalttäterInnen an die Interventionsstelle für Täter erweist sich als sinnvolle Ergänzung zur Gewaltprävention und Bekämpfung der häuslichen Gewalt.

8. Amt für Chancengleichheit

Die Themenschwerpunkte des Amtes für Chancengleichheit umfassten die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, auch im Hinblick auf einen niedrighschwelligen Zugang für MigrantInnen, und der Ausweitung auf weitere KooperationspartnerInnen.

City-light-Plakataktion

Dank der Bereitstellung von Mitteln durch den Gemeinderat und mit großzügiger Unterstützung der für die Plakatflächen verantwortlichen Firma Degesta konnte die City-light-Plakataktion Mitte Oktober 2007 erneut starten. Die Gesamtkosten dieser Aktion betragen 20.230 Euro. Der Mediawert würde regulär bei 349.860 Euro liegen, die Firma Degesta sponsert also 329.630 Euro.

Bis Ende 2008 wird an den City-light-Plakatflächen (vorwiegend ÖPNV-Haltestellen) an immer wieder wechselnden Standorten das von der Unterarbeitsgruppe PR-Konzept neu gestaltete Plakat zu sehen sein. Es weist in Deutsch, Englisch und Türkisch (Anlage 4) auf das Angebot der beiden Interventionsstellen hin als Signal für Betroffene, die Interventionsstellen auch außerhalb eines Platzverweises in Anspruch nehmen zu können. Von Mitte Oktober bis Dezember 2007 fanden bereits elf Frauen auf diese Weise den Weg zur Interventionsstelle für Frauen und Kinder.

Flyer in acht Fremdsprachen

Gleichzeitig mit dem Start der Plakataktion wurden auch die in acht Fremdsprachen (Albanisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Spanisch, Serbokroatisch, Türkisch) übersetzten Flyer als Druckversion der Öffentlichkeit vorgestellt. Plakat und Flyer in den einschlägigen Beratungsstellen und an publikumswirksamen Stellen sollten auch für MigrantInnen einen niedrigschwelligen Zugang gewährleisten.

Einbeziehung des Gesundheitswesens

Ärztinnen und Ärzte kommt nach Erkenntnissen der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Studie zur „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ (2004) eine besondere Rolle zu, bereits an zweiter Stelle rangieren sie als potentielle AnsprechpartnerInnen für von Gewalt in Paarbeziehungen betroffene Frauen. Das Gesundheitssystem kann daher für viele Frauen gleichsam die Eingangstür in das professionelle Hilfesystem sein. Nicht zuletzt kommt dem Gesundheitswesen eine wesentliche Rolle bei der Dokumentation der erlittenen Verletzungen zu.

Erfreulicherweise stießen Herr Bürgermeister Erichson und Frau Domzig am Uniklinikum auf offene Türen. Herr Professor Siewert, Leitender Direktor des Uniklinikums, erklärte sich in einem ersten persönlichen Gespräch bereit, am Uniklinikum ein Interventionsprogramm zu installieren. Auftaktveranstaltung wird eine gemeinsam von Stadt und Uniklinikum ausgerichtete Fachtagung im Herbst 2008 für MultiplikatorInnen im Gesundheitswesen sein.

Eine gelungene Kooperation setzt ein intensiveres Kennenlernen der unterschiedlichen Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten voraus. Diese Tagung will dafür einen Beitrag leisten. Fachkräfte des Uniklinikums, von Krankenhäusern sowie niedergelassene Ärzte und Ärztinnen sollen die Gelegenheit erhalten, in einen Austausch über bestehende und neue Verfahren bei Gewalt im sozialen Nahraum zu treten. Nach einem Einführungsvortrag zum bundesweit Beachtung gefundenen Klinik-Interventionsmodell SIGNAL, einer Übersicht zum derzeitigen Vorgehen im medizinischen Bereich und der Vorstellung des Heidelberger Interventionsmodells soll ausgelotet werden, welche Rahmenbedingungen notwendig sind, um zu einem optimierten Interventionsverlauf im Gesundheitswesen zu gelangen.

Plakate und Flyer zum Heidelberger Interventionsmodell (HIM) wurden bereits im Sommer 2007 in Kooperation mit der Beauftragten für Chancengleichheit in den Ambulanzen verteilt. Und im medizinischen Ausbildungsbereich konnte durch Vermittlung des Internationalen Frauenzentrums erreicht werden, dass in Kürze ein Modul häusliche Gewalt in den Lehrplan integriert wird.

Ausblick: Themenfeld Zwangsheirat

Die Zwangsverheiratung insbesondere von jungen Migrantinnen und Migranten ist in den letzten Jahren Gegenstand einer intensiven öffentlichen Debatte geworden. Sie stellt eine besonders schwerwiegende Form von häuslicher (und meist auch sexualisierter) Gewalt dar. Für die dauerhafte und nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Problem der Zwangsheiraten ist auf kommunaler Ebene eine verstärkte Netzwerkbildung sowie Aufklärungs- und Präventionsarbeit unerlässlich. Es bot sich an, das Thema in die bereits bestehenden Strukturen zu häuslicher Gewalt zu integrieren und den Runden Tisch um Expertinnen und Experten zum Thema Zwangsheirat zu erweitern. Eine inzwischen gebildete Unterarbeitsgruppe befasst sich mit der Entwicklung eines Kooperations- und Handlungskonzeptes.

**Anhang 1:
Polizeidirektion und Ortspolizeibehörde:
Statistischer Überblick 2000 – 2007**

Jahr		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Polizeieinsätze häusliche Gewalt		16	28	45	106	174	95	141	101
Polizei: Platzverweis		11	18	25	19	28	28	32	33
Ortspolizeibehörde: Aufenthalts- und Betretungsverbot (verlängerter Platzverweis)	einmalig	4	7	11	11	11	10	13	17
	verlängert							2	1
TäterInnen	Mann	16	27	41	94	160	89	130	95
	Frau		1	4	10	9	6	11	6
	nicht erhoben				2	5			
Nationalität	deutsch	7	20	26	63	117	55	78	75
	nicht deutsch	9	8	19	39	53	40	63	26
	keine Angabe				2				
Opfer	Frau	16	27	40	93	160	92	127	95
	Mann		1	5	12	8	5	14	6
	keine Angabe					2			
Nationalität	deutsch	6	18	23	67	121	53	91	66
	nicht deutsch	10	10	22	37	49	44	50	35
	keine Angabe				2				
Kinder/Jugendliche im Haushalt	Haushalte	11	18	28	55	69	41	56	28
	Anzahl	23	21	45	88	132	69	102	44

**Anhang 2:
Interventionsstelle für Frauen und Kinder:
Statistischer Überblick 2003 – 2007**

Jahr		05.-12.2003	2004	2005	2006	2007	Gesamt
Frauen		40	128	150	156	165	639
telefonische Beratung		44	363	342	538	530	1.817
persönliche Beratung		28	173	142	156	202	701
Paargespräche			4	2	9	3	18
Hausbesuche, Behördenbegleitung		9	7		32	16	64
Kinder		63	146	175	171	190	745
Nationalitäten	deutsch	29	80	90	100	111	410
	türkisch	2	13	17	10	15	57
	russisch	2	8	7	5		12
	iranisch	4	3	6			13
	irakisch	1					1
	polnisch	1	6	6	5		18
	koreanisch		2				2
	brasilianisch		1				1
	spanisch		2				2
	kenianisch		1				1
	marokkanisch	1					1
	albanisch		3	3			6
	eritreisch			4			4
	andere		9	17	36	39	101
Wohnort	Heidelberg	37	92	117	119	101	466
	Rhein-Neckar-Kreis	3	34	29	37	57	160
	andere		2	4		7	13
vermittelt durch	Polizei	23	52	33	40	28	176
	Plakataktion		15	42		11	68
Maßnahmen	Platzverweis gegen Männer	11	22	17	15	14	79
	Verlängerung	6	14	6	13	10	49
	Anträge nach Gew-schutzG	5	23	12	28	20	88

Anhang 3: Interventionsstelle für Täter: Statistischer Überblick 2003 – 2007

Jahr		05.-12.2003	2004	2005	2006	2007	Gesamt
Klienten/Klientinnen,		36	59	76	97	112	380
davon Frauen						4	4
Therapiesitzungen		417	537	601	998	859	3412
telefonische/Internet-Beratung		126	128	214	276	412	1156
Paargespräche				1	6	14	21
Nationalitäten	Deutsche	25	51	63	80	84	303
	Afghanen			1			1
	Albaner					1	1
	Amerikaner	1		1		3	5
	Franzosen				1		1
	Griechen			1			1
	Italiener	2	1	2	3	6	14
	Iraner					1	1
	Iraker					1	1
	Kurden	1			1		2
	Marokkaner	1					1
	Nigerianer	1					1
	Pakistani	1		1		1	3
	Polen	1	1	3	2		7
	Rumänen			1		1	2
	Spanier	1				1	2
	Russen					1	1
	Ghanesen					1	1
	Türken	2	6	3	10	11	32
Wohnort	Heidelberg	36	48	65	78	89	316
	Rhein-Neckar-Kreis		11	11	19	20	61
Vermittelt durch	Amtsgericht	5	15	23	12	16	71
	Beratungsstellen	5	12	17	26	19	79
	Bewährungshilfe	6	9	5	14	11	45
	Familiengericht			1	1	3	5
	Gerichtshilfe	2			1	1	4
	Jugendamt	2	4	7	7	6	26
	Justizvollzugsanstalt	4	4	2	2	1	13
	Polizei	2	8	3	8	14	35
	Selbstmelder	6	7	23	26	33	95
	Landgericht			1			1
	andere	4				11	15

Anhang 4: HIM-Plakat



**Für
ein Zuhause
OHNE Gewalt.**

Foto: abouqasbi.de - Konstantin Gatzmann

Rufen Sie an, wenn Sie von häuslicher Gewalt betroffen sind.
Interventionsstelle für Frauen und Kinder
Telefon **06221 750135**
Interventionsstelle für Täter
Telefon **06221 600101**

Contact us if you are affected by domestic violence.
Intervention Center for Women and Children
Phone **06221 750135**
Intervention Center for Abusive Men
Phone **06221 600101**

Aile içi şiddet görüyorsanız, bizi arayınız.
Kadınlar ve çocuklar için yardımmerkezi
Telefon **06221 750135**
Şiddet uygulayanlar için yardımmerkezi
Telefon **06221 600101**

 **Stadt
Heidelberg**  **[DEGESTA]**
city light systems.  **him** Heidelsberger
Interventionsstelle
gegen Gewalt

Anhang 5: Flyer Kinderarbeit (Vorderseite)

Angebote

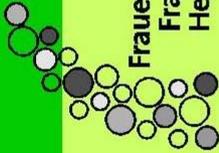
- Einzelgespräche in der Beratungsstelle:
Während der Beratung der Mutter in der Interventionsstelle werden zeitgleich die Kinder beraten.
- Aufsuchende Arbeit:
Nach einem erfolgten Polizeieinsatz oder einem Platzverweis können die Kinder zu Hause aufgesucht werden.
Die Hausbesuche werden in Zusammenarbeit mit der Kollegin aus der Interventionsstelle durchgeführt, die dann vor Ort mit der Mutter spricht.

Kontakt

Interventionsstelle für Frauen und Kinder
Mannheimer Str. 226
69123 Heidelberg
www.interventionsstelle-heidelberg.de

Ansprechpartnerin:
Marlen Schliemann
Sozialarbeiterin (B.A.)
Tel.: (06221) 840740
Fax: (06221) 705604
marlen.schliemann@fhf-heidelberg.de

Das Angebot ist kostenfrei.



**Frauen helfen
Frauen e.V.
Heidelberg**

Mädchen und Jungen als Zeuginnen häuslicher Gewalt

Ein Beratungsangebot der
Interventionsstelle für Frauen
und Kinder in Heidelberg



him
Heidelberg
Interventionensmodell
gegen Gewalt



NEU